

Kein Platz für „Elterntaxis“ rund um die Wildeshauser Behörden

Amtsgericht verweist Mütter vom Gelände/Christoph Pauli: „Verkehrssituation wird dadurch noch künstlich verschlimmert“

WZ
16.10.14

WILDESHAUSEN • Die Parkplatznot ist groß im Bereich der Wildeshauser Wallschule und des Kindergartens „Schatzinsel“. Ganz besonders am Morgen und mittags, wenn die „Elterntaxis“ die Kinder bringen und abholen. Gerne wird auch schon einmal der Parkplatz des Katasteramtes und des Amtsgerichts genutzt. Das aber war jetzt plötzlich nicht mehr möglich, wie Christoph Pauli, dessen Tochter die Wallschule besucht, verärgert berichtet.

„Meine Frau hat unsere Tochter zur Schule gebracht und aufgrund der angespannten Parkraumsituation den Parkplatz des Amtsgerichtes genutzt. Dabei wurde sie von einem Mitarbeiter der Justiz angesprochen. Er sagte ihr, dass es ein Behördenparkplatz sei

und sie diesen zu verlassen habe“, erklärt Pauli. Eine weitere Begründung, dass vielleicht wegen eines besonderen Prozesses mit starkem Besucheraufkommen zu rechnen sei, habe es jedoch nicht gegeben.

Beim Abholen der Tochter habe sich das gleiche Bild gezeigt. „Meine Frau wurde erneut von einem Mitarbeiter des Gerichtes kontrolliert. Wieder wurde auf den Status als Parkplatz einer Behörde verwiesen. Dieses Mal jedoch mit dem Hinweis, dass das Parkproblem eines von Schule und Kindergarten sei, das diese auch zu klären hätten. Mir ist es völlig unverständlich, warum von der Seite des Gerichtes Druck aufgebaut wird, den Parkplatz zu räumen“, betont Pauli. Fakt sei, dass die Verkehrssituation

auf der Straße „Im Hagen“ noch problematischer oder sogar noch künstlich verschlimmert werde, wenn die Behörde diese Zielrichtung weiter verfolge.

„Es ist nicht wegzudiskutieren, dass sehr viele Kinder die Schule und den Kindergarten besuchen. Trotz der Busse werden und müssen auch weiterhin Eltern ihre Kinder zur Schule bringen. Schon allein, weil private, berufliche und/oder pädagogische Gründe dafür sprechen und es den Eltern zum Teil aufgrund der Kollision von Arbeitszeit/Schulbeginn und Busabfahrt nicht anders möglich ist“, erklärt Pauli.

Der Vater stellt sich jetzt die Fragen, was das Gericht wohl zu dieser Aktion getrieben hat und ob es den Gedanken, der Parkplatz sei



Schon länger steht dieses Schild an der Einfahrt. • Foto: Dejo

ein Behördenparkplatz, der von den Eltern nicht genutzt werden darf, weiter verfolgt werde. „Ferner frage ich mich, ob es eine Vorab-Info für die Eltern gegeben hat und ob Gespräche zum Beispiel mit Ratsfraktionen, Verwaltung, Elternrat oder anderen Gruppen zu diesem Thema geführt wurden“, sagt Pauli. Er könne

zwar verstehen, dass die Behörden Interesse daran hätten, Parkflächen für Mitarbeiter und Besucher zu haben: „Aber eine Behörde, die sich ohne Ankündigung darauf versteift, den Platz als Behördeneigentum zu deklarieren, verkennt doch wohl eindeutig dass sie eine aus Steuergeldern finanzierte Einrichtung ist, die über

ihren Auftrag hinaus einen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten hat.“

Seitens des Gerichts sind diese Probleme durchaus bekannt. „Fakt ist jedoch, dass es auf den Behördenplätzen sehr eng ist. Einige Mitarbeiter finden oft kaum noch einen Parkplatz und weichen auf die Fläche des Hotels aus“, sagt die stellvertretende Direktorin des Gerichtes, Dr. Ann-Katrin von der Heide. Zweifelsohne seien jetzt Gespräche gefragt, für die Vertreter der Schule, des Kindergartens und der Stadt an einen Tisch kommen müssten: „Allerdings kann es nicht Aufgabe des Gerichtes sein, diese Gespräche anzuberaumen. Es ist deutlich ausgewiesen, dass der Parkplatz für die Behörde vorgesehen ist.“